LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
12. Wahlperiode

Drucksache 12/2808
17. 03. 1993

Mündliche Anfrage

der Abgeordneten Frau Fritsche (DIE GRÜNEN)

Auswirkungen der Postreform auf Rheinland-Pfalz

Am 17. März 1993 erfolgte nach Information der Fraktion DIE GRÜNEN ein Bericht der beiden Präsidenten der Direktionen Postdienst Koblenz und Karlsruhe sowie eines Vertreters der Generaldirektion Postdienst an die Landesregierung, welche betrieblichen Auswirkungen die organisatorischen Vorhaben der Bundespost auf die Bedienung der Fläche in Rheinland-Pfalz haben werden. Bisher hatte die Deutsche Bundespost öffentlich geschwiegen.
Kürzlich hat die Bundesregierung ihre Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Postverfassungsgesetzes abgegeben (Bundestagsdrucksache 12/4329). Die Bundesregierung lehnt eine stärkere Beteiligung der Länder im Infrastrukturrat der Post ab.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen auf die Versorgung von Rheinland-Pfalz mit Postdienstleistungen haben die Vertreter der Bundespost der Landesregierung im einzelnen angekündigt?

2. In welchen Fällen werden den derzeitigen Planungen zufolge Nachbarschaftsläden in Gemeinden mit bestehenden Poststellen eingerichtet?

3. Wie viele Poststellen werden den derzeitigen Planungen zufolge nach Einrichtung von Nachbarschaftsläden mit integrierten Postdienstleistungen geschlossen?

4. Wie bewertet die Landesregierung die Aussichten des Gesetzentwurfs des Bundesrates angesichts der ablehnenden Haltung der Bundesregierung?

Fritsche

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 23. März 1993